

Besteht denn die Möglichkeit, dass die Bevölkerung in Aceh im Falle eines guten Krisenmanagements der indonesischen Regierung wieder Vorteile darin sieht, einem großen Land anzugehören?

Möller: Das glaube ich nicht. Die Hilfe des Auslands wird vor Ort als wichtiger wahrgenommen. Gleichzeitig gibt es allerdings islamistische Gruppen aus Java, die jetzt nach Aceh kommen, um ihrerseits Katastrophenhilfe zu leisten – mit dem Ziel, mögliche Imagegewinne des Westens oder auch der Rebellen im Zuge des Wiederaufbaus einzudämmen. Auch hier gibt es also wieder Anzeichen, dass die verschiedenen Lager versuchen, aus der Katastrophe politisches Kapital zu schlagen – die Hilfe zu politisieren. Das findet in solchen Regionen in einem Ausmaß statt, wie wir es uns hier kaum vorstellen können. Die Militärs haben den Rebellen etwa vorgeworfen, Hilfsgüter gestohlen zu haben, was die natürlich dementiert haben.

Die Situation bleibt also unübersichtlich...

Möller: ...und nicht sehr hoffnungsvoll. Der einzige positive Effekt des Tsunami, den man sich vorstellen könnte, gründet sich auf die weltweite Aufmerksamkeit, die der vergessene Konflikt jetzt wieder hat. Momentan verhält sich das Militär angesichts der Präsenz von Helfern und Journalisten eher zurückhaltend. Das hat mit dazu geführt, dass viele einheimische Nicht-Regierungs-Organisationen – also etwa private Hilfsgruppen –, die unter dem Kriegsrecht aus Aceh abziehen mussten, jetzt zurückkehren können. Solche Strukturen der Zivilgesellschaft könnten wie schon früher als eine Art dritte, ausgleichende Kraft in dem Konflikt zwischen Militär und Rebellen wirken.

Möglicherweise können ja die internationalen Geldgeber Einfluss darauf nehmen, wie stark die Nicht-Regierungs-Organisationen am Wiederaufbau beteiligt werden. Man könnte sich etwa vorstellen, dass Indonesien ökonomisch unter Druck gesetzt wird. Allerdings gebe ich zu, dass ich nicht weiß, wer diesen

Druck ausüben könnte: Der EU fehlen dazu sowohl das Interesse als auch die nötigen Instrumente. Und die USA sind im Rahmen ihrer Anti-Terror-Kampagne bislang vor allem an guten Beziehungen zum indonesischen Militär interessiert. 2004 hat die amerikanische Regierung die Rüstungshilfe für Indonesien wieder aufgenommen. Und jetzt, nach der Katastrophe, hat Washington Transportflugzeuge bereitgestellt, die vermutlich gleich im Land bleiben werden.

Meiner Ansicht nach basiert diese Politik auf einer Fehlinterpretation der Amerikaner, denn das indonesische Militär ist – anders, als man in Washington vermutet – kein Garant für die Einheit des Landes. Und sein Gegner in Aceh, die GAM, ist keine fundamentalistische Terrorpartei, deren Bekämpfung die Amerikaner unterstützen müssten. Meine These ist, dass die Konfliktlinien in Indonesien auch nach dem Tsunami weitgehend unverändert bleiben werden.

Gibt es denn zumindest die Hoffnung, dass in Zukunft wenigstens die Kooperation der betroffenen Länder untereinander vertieft wird?

Wagner: Die südasiatische Regional Kooperation SAARC hat so gut wie gar nicht reagiert. Es gibt daneben auch noch Strukturen wie die Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation, die aber bislang nur Studien über Handelswege betrieben hat. Das wäre natürlich ein geeigneter Rahmen für die Organisation eines Frühwarnsystems.

Möller: In Südostasien hat sich die Regionalorganisation Asean nach dem Tsunami nicht mit Ruhm bekleckert. Am Schluss hat man immerhin die internationale Geberkonferenz in Jakarta organisiert und beschlossen, die staatliche Katastrophenhilfe zu koordinieren. Punkt. Darüber hinaus ist nicht viel zu erwarten. Das liegt zum Teil daran, dass die Mit-

glieder großen Wert auf nationale Souveränität legen und eine stärkere Kooperation allein schon aus diesem Grund nur mühsam vorankommen wird. Das hat man schon beim Thema Waldbrände versucht und ist nicht weit gekommen. Und auch bei der SARS-Krise hat die regionale Zusammenarbeit nur begrenzt funktioniert, auch wenn es ernsthafte Bemühungen gab. Das regionale Krisenmanagement wird nach dem Tsunami also keine spektakulären Fortschritte machen.

Herr Menck, wäre denn nicht zumindest eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Behebung der wirtschaftlichen Schäden infolge der Flutwelle denkbar?

Karl Wolfgang Menck: Das ist schwer zu prognostizieren. Aber aus ökonomischer Sicht muss man feststellen, dass die Flutkatastrophe weit geringere Folgen hatte als etwa die SARS-Epidemien seit dem Jahr 2003. Der Tsunami hat ja vor allem kleine Besitztümer armer Leute zerstört, die nicht versichert waren und deren plötzliche Armut auch die Steuerposition der Staaten kaum verändert: Viele der Betroffenen gehören zu einer Bevölkerungsschicht, die ohnehin kaum Steuern gezahlt hat.

In der SARS-Krise wurden dagegen langjährige Lieferbeziehungen, etwa für Lebensmittelexporte, abgebrochen. Und der Fremdenverkehr ist erheblich geschrumpft, weil die Menschen aus Angst vor Ansteckung ihre Reisen in die ganze Region storniert haben.

Bei der Finanzkrise in Südostasien im vergangenen Jahrzehnt waren die Effekte sogar noch extremer: Da wurden erhebliche Werte vernichtet. Allein Indonesiens Wirtschaft ist damals um 13 Prozent geschrumpft. Nach dem Tsunami sehen wir uns dagegen vor allem mit einer humanitären Katastrophe konfrontiert – die allerdings, anders als das Elend in Afrika, direkt auf uns zurückschlägt.

Eine Hoffnung bleibt: dass der Tsunami den Blick der Welt auf vergessene Konflikte lenkt